

Integration: in die Arbeitswelt einsteigen

Im letzten Gespräch der Reihe erörterte Staatssekretär Mario Gattiker die unterschiedlichen Herausforderungen und möglichen Instrumente auf Bundesebene für eine erfolgreiche Integration der Asylsuchenden. Mit dem Blickwinkel «Integration in den Arbeitsmarkt» präsentierten im Folgenden Praktiker die Umsetzungsstrategien auf Gemeindeebene und im Ausbildungsbereich. Konkrete Angebote für junge Asylsuchende mit Migrationshintergrund standen dabei ebenso im Fokus wie die Bemühungen der Gemeinden, Arbeitsintegration vor Sozialhilfe zu stellen.

Am Anfang des Referates von **Staatssekretär Mario Gattiker**, Staatssekretariat für Migration (SEM), standen ein paar Eckwerte zur Zuwanderung in die Schweiz: In den 60er Jahren sei die Einwanderung wesentlich höher gewesen als aktuell und, im Gegensatz zu heute, hauptsächlich arbeitsmarktgetrieben. Man müsse sich bewusst sein, dass die Zahl der Asylsuchenden bei der ausländischen Bevölkerung lediglich 4% ausmache. Dennoch besetze das Thema «Migration» die Spitzenposition auf dem Sorgenbarometer.

Seit 2014 markant zugenommen habe die Zahl der bleibeberechtigten Personen im Asylbereich mit mehr als einer Verdoppelung gegenüber den Vorjahren 2007 bis 2013. Dabei handle es sich vorwiegend um Personen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Somalia oder Eritrea. «Das sind auch nicht mehr nur peanuts», so der Referent, sondern entspreche einem Anteil von rund 15% der Nettozuwanderung. Diese Menschen gehörten neben den spätziehenden Jugendlichen im Familiennachzug zu den Hauptherausforderungen im Integrationsbereich.

Die vier Kriterien der Integration

«Was heisst für uns überhaupt Integration?» Das Ausländergesetz nenne klare Kriterien für die Integration: die Beachtung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, die Beherrschung einer Landessprache, der Wille zur Arbeit und die Respektierung der Werte der Bundesverfassung. Alle vier Kriterien sind in der Ausländergesetzgebung und im Bürgerrechtsgesetz verankert. «Je mehr diese vier Kriterien erfüllt sind, desto höher ist der ausländerrechtliche Status, den man in der Schweiz erlangen kann», so Gattiker. Nicht einfach alle Zugewanderten sollten integriert werden. Zielgruppe von staatlichen Integrationsmassnahmen seien lediglich jene Personen, die sich längerfristig in der Schweiz aufhielten. Deren Integrationsstand sei im Vergleich zu den OECD-Länder recht gut, denn 76% seien erwerbstätig mit einem Qualifikationsprofil, das der Stelle sehr gut entspreche und «nur 8% der Jugendlichen sind nicht entweder in einer Ausbildung oder in einer Beschäftigung. Das sind sehr gute Daten».

Die Rahmenbedingungen sind gut ...

Voraussetzung für einen erfolgreichen Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt sei, dass jemand eine Stelle habe. Hinzu komme ein sehr gut funktionierendes duales Schul- und Bildungssystem, eine tiefe Erwerbslosigkeit und funktionierende Sozialpartnerschaften, «wir sind kleinräumig ... viele Probleme vor Ort können pragmatisch gelöst werden ... und wir haben vor allem keine Parallelgesellschaften», umschrieb Gattiker die Erfolgsfaktoren. Im Asylbereich sei mit dem Verteilschlüssel auf die Kantone nach dem Zufallsprinzip bewusst eine Gegenstrategie zur Ghettoerbildung gewählt worden.

... doch die Herausforderungen dürfen nicht unterschätzt werden

Im Bereich der vorläufig Aufgenommenen und der anerkannten Flüchtlinge sei der Integrationsbedarf allerdings noch immer hoch und die Erwerbsquoten dieser Menschen sehr tief. Verschärft werde die Situation zudem durch die riesigen kantonalen Unterschiede bezüglich Prioritätensetzung, Engagement und gezielter Massnahmen. «Wir haben verschiedene Herausforderungen, mit

denen wir konfrontiert sind», gab der Staatssekretär zu bedenken. So sei der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren immer anspruchsvoller geworden und es seien, durch die Digitalisierung noch akzentuiert, eine grosse Zahl von niedrig qualifizierten Arbeitsplätzen verloren gegangen. Als weitere Hürden nannte Gattiker die enormen Unterschiede in Bildung und Sprachkenntnissen, die fehlenden Softskills sowie oft gesundheitliche Probleme durch Traumatisierungen. Alle diese Teilaspekte hemmten eine soziale Integration. Nicht zuletzt erschwere auch das äusserst komplexe System von Politik und Verwaltung in der Schweiz den Integrationsprozess.

Die Instrumente im Integrationsbereich nutzen

Ein wichtiges Instrument sei die *Integrationsgesetzgebung*, wo der Integrationsgedanke nach dem Prinzip «fördern und fordern» gestärkt werde und die Integrationskriterien mit der Bewilligungserteilung verknüpft würden. So müssten klare Erwartungen formuliert und die Asylsuchenden schon ganz zu Anfang gut informiert werden, mahnte der Referent. Bei der Forderung nach Eigenverantwortung sollten die Behörden ihre Instrumente, beispielsweise Bewilligungsentzug oder Kürzung der Sozialhilfeleistungen, nutzen. Im Förderungsbereich müsse das Prinzip des 'Regelstrukturansatzes' gelten. Sonderstrukturen und Brückenangebote seien nur dort anzubieten, wo sie ergänzend notwendig sind.

Mit den Kantonen habe der Bund spezielle *kantonale Integrationsprogramme* abgeschlossen, in welchen die Bereiche Arbeit und Bildung Schwerpunkte bildeten. Zudem könne der Bund, abgestützt auf das *Ausländergesetz*, gewisse Massnahmen, z.B. Integrationsvorlehren, selber finanzieren. Auch erarbeite der Bund gegenwärtig zusammen mit verschiedenen involvierten Ämtern und Institutionen (EJPD, EDK, KDK, u.a.) eine *Integrationsagenda*, um von den vielen Patchworklösungen zu einem standardisierten Integrationsprozess zu kommen. «Es ist klar, dass wir hier alle am gleichen Strick ziehen müssen: Bund, Kantone, Gemeinden und Städte, selbstverständlich auch die Wirtschaft, weil die Kosten einer gescheiterten Integration ungleich grösser sind», zeigte sich der Referent überzeugt. Es sei eine wichtige Debatte, denn wenn man A sage, müsse man auch B sagen und alles in eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft setzen. «Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und selbstverständlich haben auch die vorläufig Aufgenommenen und die Flüchtlinge beizutragen mit der Übernahme von Eigenverantwortung.»

Auf der Gemeindeebene sieht's nicht anders aus

Im Anschlussreferat von **Dr. Felix Wolffers**, dem Leiter des Sozialamtes der Stadt Bern, klangen viele, bereits von Mario Gattiker genannten Aspekte aus der Gemeindesicht erneut an. «Wir stehen vor einer riesigen Herausforderung» stellte auch Wolffers zu Anfang seines Referates fest und fügte mehrere Punkte zur schwierigen Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt an. So nannte er fehlende Qualifikationen, zu wenig Stellen mit niedrigem Anforderungsprofil oder verschärfte Konkurrenz mit andern Anspruchsgruppen auf einem immer enger werdenden Markt. Kanton und Stadt Bern seien seit 1970 mit einer stetig ansteigenden Erwerbslosenquote bei tiefqualifizierten Arbeitnehmenden konfrontiert. Parallel dazu steige auch die Sozialhilfequote. «Es geht darum, Personen mit sprachlichen oder gesundheitlichen Problemen zu integrieren in einen Teilbereich des Arbeitsmarktes, der schon heute geprägt ist von einer Arbeitslosenquote im 2-stelligen Bereich.» Dazu komme, dass die Erwerbsquote von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen nach der Einreise nur sehr langsam ansteige und fast 90% von ihnen Sozialhilfe beanspruchten.

Herausforderung Arbeitsmarktintegration

Der Bund verfüge noch nicht über aussagekräftige Statistiken, so der Referent. Fest stehe aber, dass 40% und mehr der Asylsuchenden jünger als 25 Jahre alt seien. «Wenn die Integration hier nicht gelingt, dann haben wir extrem hohe Folgekosten. Wenn Sie die Hochrechnung machen mit 2'500.– Sozialhilfekosten für eine *Einzelperson* und es gelingt Ihnen nicht, eine 25-jährige Person zu integrieren, dann verursacht diese Person schon nur bis zum Erreichen des AHV-Alters einen Aufwand für die öffentliche Hand von einer Million!» Fast 50% der Asylsuchenden seien Frauen und ebenso viele hätten nur eine minimale Schulbildung, welche für die anspruchsvolle Berufsbildung in der Schweiz nicht ausreiche. Zwischen 2010 und 2016 hätten ca. 70'000 Personen ein Bleiberecht in der Schweiz erhalten. Diese gelte es jetzt zu integrieren.

Erfolgsversprechende Ansatzpunkte

Wolffers nannte mehrere Faktoren für eine aussichtsreiche Integration. So betonte er, dass die Integration rasch nach der Erteilung des Bleiberechtes erfolgen müsse. Denn der Aufbau der arbeitsmarktrelevanten Schlüsselkompetenzen brauche Zeit und an der beruflichen Qualifizierung führe kein Weg vorbei. Zur Arbeitsintegration müsse die Aufgabenteilung zwischen Bund, öffentlicher Hand und auch der Wirtschaft aufeinander abgestimmt werden: vom Entscheid betreffend Bleiberecht über den Kompetenzaufbau und die Vorbereitung sowie gezielte Steuerung der beruflichen Integration bis hin zur Vermittlung in den Arbeitsmarkt. Dies sei zwar kostenintensiv, aber «es gibt nichts anderes, als hier zu investieren».

«Patentrezepte gibt es keine. Den ganz grossen Durchbruch haben wir noch nicht geschafft», lautete das Fazit des Referenten. Neben den erwähnten Unterstützungsmassnahmen brauche es auch klare Botschaften an die zu integrierenden Personen selbst: «Die Leistung muss eingefordert werden, es braucht vielleicht Sanktionen, wenn es nicht klappt», forderte Wolffers wie schon Gattiker. Diese umfangreiche Arbeitsintegration könne nur gelingen, wenn sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe konzipiert werde. Dabei dürfe der Asylbereich nicht privilegiert werden: Alle Integrationsangebote müssten auch für andere Anspruchsgruppen offen stehen. «Es geht einfach darum, dass nicht die Asylsuchenden von heute die Langzeit-Sozialhilfebeziehenden von morgen werden!»

Am letzten Punkt des Vorredners setzte **Andreas Zysset** von der Technischen Fachschule Bern an, als er deren Integrationsprojekt vorstellte. Die Technische Fachschule Bern ist eine Vollzeitschule mit 550 Lernenden, welche aus 43 verschiedenen Ländern stammen und von denen 150 keinen Schweizer Pass besitzen.

Integrationskurse für die Arbeitswelt

Im Januar 2015 wurde die Fachschule vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Bern angefragt, ob sie ein Programm für Migranten auf die Beine stellen könnte. Im August des gleichen Jahres starteten zwei Lehrgänge, eine einjährige Einführung in die Arbeit auf dem Bau und eine zweijährige Schreiner Ausbildung, die mit einem eidgenössischen Berufsattest abgeschlossen wird. Laut Zysset kostet die Bau-Ausbildung 21'000 Franken pro Teilnehmer, die Schreiner Ausbildung falle mit 37'250 Franken für zwei Jahre ins Gewicht. «Diese Investition zahlt sich aber relativ rasch aus!» bekräftigte der Referent. Die Lernenden beider Ausbildungslehrgänge seien anerkannte Flüchtlinge, meist Familienväter. Die Migranten verdienten kein zusätzliches Geld mit der Absolvierung der Ausbildung im Vergleich zu den erhaltenen Sozialleistungen, aber sie profitierten von der Aussicht auf eine Arbeitsstelle nach dem Lehrabschluss. Zudem werde in diesen Lehrgängen punkto Integration sehr viel erreicht: Denn nicht nur, dass die Männer auch von Frauen unterrichtet würden, sondern auch, dass sie die schweizerischen Wertvorstellungen von Teamarbeit, Zuverlässigkeit, Höflichkeit und Pünktlichkeit kennen lernten und verinnerlichten, bereite sie auf eine spätere Arbeitsintegration vor.

«Deutsch, deutsch, deutsch – ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg»

Trotzdem sei die Stellensuche noch nicht so erfolgreich, wie die Projektleitung sich dies wünsche. Das liege vor allem an den Sprachkompetenzen, welche die Migranten trotz intensivem Deutschunterricht während der Lehre nicht aufbauen könnten. Denn auf der Baustelle werde nicht wie in der Schule hochdeutsch gesprochen: «Hou mr ä Doppulattä, äs Päckli Vierzänernegu u zwo Zwinge» sei für viele Migranten auch nach einem Jahr intensivem Deutschunterricht nicht ohne Weiteres verständlich. Auch gebe es in der Schweiz «immer weniger eher niedrig qualifizierte Arbeitsplätze», so Zysset. Die schwierige Arbeitsstellensuche habe die Schulleitung deshalb dazu bewogen, mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion Kontakt aufzunehmen. Die Idee dahinter war, dass der Kanton «eine degressive Einarbeitungszulage an Betriebe zahlen könnte, welche solche Leute anstellen, ... etwa für die ersten zwei Jahre». Trotz den Kosten war sich Zysset sicher: «Arbeitsintegrationsanstrengungen lohnen sich unbedingt!»

Unterschiedliche Schulbildung, Vorkenntnisse und Qualitätsansprüche

Diese Meinung teilte **Thomas Lauper**, Leiter überbetrieblicher Kurse des Kantonal-Bernischen Baumeisterverbandes. Er sei 2015 angefragt worden, ob er die Leitung für den Integrationskurs im

Bereich Bau übernehmen wolle. Fragen, die ihm damals bei der Konzeptgestaltung des Kurses durch den Kopf gegangen seien, waren etwa: «Was sind das für Menschen, die sich bewerben werden? Wie kann ich mich mit ihnen verständigen? Welche handwerklichen Fähigkeiten bringen sie mit?» Anfangs habe er die Ziele zu hoch gesteckt: «Die Unterschiede in der Schulbildung und in den Vorkenntnissen im Sektor Bau waren enorm!» Bald sei klar gewesen, dass Migranten nur mit Deutschkenntnissen auf dem Niveau A2 aufgenommen werden konnten und als erstes ein Bau-Fachwörterbuch erstellt werden musste, damit das Unterrichten überhaupt möglich war. Aber nicht nur die sprachlichen Fähigkeiten stellten Hindernisse dar, auch die Vorstellungen, wie eine Mauer aussehen müsse, hätten beträchtlich divergiert. Während Einzelne bereits zufrieden gewesen seien, wenn die erstellte Mauer nicht zusammengefallen sei, hätten die Qualitätsvorstellungen anderer eher den schweizerischen Anforderungen entsprochen.

Integration in die Arbeitswelt im Baubereich kann gelingen!

Auch die intrinsische Motivation der Lernenden sei sehr unterschiedlich, wie aus den beiden kurzen Beiträgen zweier Lernender hervorging:

Jeleng Al Youssef, Lernender im Bereich Bau, der seit drei Jahren in der Schweiz wohnt, bestätigte, dass die erforderlichen Sprachkenntnisse für ihn die schwierigste Herausforderung bedeuteten. Er sei aber stolz und dankbar, dass er in der Schweiz neue Berufserfahrungen sammeln dürfe, die er nach dem Krieg in seinem Heimatland Syrien einsetzen möchte.

Zeray Zereit aus Eritrea hat den Bau-Integrations-Kurs im Jahr 2016 abgeschlossen. Für ihn als Familienvater sei es sehr wichtig, dass er arbeiten könne, deshalb absolviere er im Moment eine Lehre als Spengler. Denn ohne Ausbildung sei es eigentlich unmöglich, eine Arbeitsstelle zu erhalten. Er bedankte sich für die gute Unterstützung durch die schweizerischen Behörden und dafür, dass er in der Schweiz eine neue Heimat finden durfte.

Dass die Integration in die Arbeitswelt der Baubranche gelingen könne, betonte Lauper, davon sei er überzeugt. Dafür müsse in der Branche aber genug Arbeit vorhanden sein, doch auch die persönliche Motivation und das Durchhaltevermögen jedes einzelnen Migranten gehörten zu den Voraussetzungen für ein Gelingen. Und ganz wichtig: «Nur wer sich gegenseitig Respekt und Akzeptanz schenkt, kann zusammen arbeiten und zusammen leben!», schloss Lauper.

Martina Dubach und Doris Moser